Kassel documenta Stadt
Ortsbeirat
Harleshausen

Ortsvorsteher
Reinhard Wintersperger

Geschäftsstelle:
Hauptamt
Büro der
Stadtverordnetenversammlung
Gabriele Bachmann
gabriele.bachmann@kassel.de
Telefon 0561 787 1220
Fax 0561 7 87 2182
Rathaus
34112 Kassel
W 223 a

Behördennummer 115
Rechtshinweise
zur elektronischen
Kommunikation
im Impressum unter
www.kassel.de

34112 Kassel documenta Stadt

An die
Mitglieder
des Ortsbeirates Harleshausen

Kassel documenta Stadt

25. September 2018
1 von 1

Sehr geehrte Damen und Herren,

zur **19.** öffentlichen Sitzung des Ortsbeirates Harleshausen lade ich ein für

Donnerstag, 4. Oktober 2018, 19:30 Uhr,
SVH Clubhaus, Saal,
Daspelstraße 10, Kassel.

Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt.

Tagesordnung:

1. Neufassung der Parkgebührenordnung der Stadt Kassel
2. Haushaltsplanentwurf 2019
3. Erfahrungen mit der KVG-Liniennetzreform
4. Mitteilungen

Mit freundlichen Grüßen

gez. Reinhard Wintersperger
Ortsvorsteher

Schrift: Kassel 10 pt, Zeilenabstand: 14 pt, Dateiformat: pdf

Niederschrift
über die 19. öffentliche Sitzung
des Ortsbeirates Harleshausen
am **Donnerstag, 4. Oktober 2018, 19:30 Uhr**
im Saal, SVH Clubhaus, Kassel

Anwesende:

Mitglieder
Reinhard Wintersperger, Ortsvorsteher, SPD
Gudrun Heuser, Stellvertretende Ortsvorsteherin, CDU
Peter Gries, Mitglied, B90/Grüne
Hubert Hackenschmidt, Mitglied, SPD
Dr. Enno Janßen, Mitglied, parteilos
Karin Rampe, Mitglied, parteilos
Heinz-Gerrit Rethagen, Mitglied, FDP
Werner Wiegand, Mitglied, SPD
Bärbel Wolff-Burgtorff, Mitglied, CDU

Teilnehmer/-innen mit beratender Stimme
Chuks-Lewis Samuel-Ehiwario, Vertreter des Ausländerbeirates

Schriftführung
Ljubica Lenz

Entschuldigt:
Rainer Bärwald, Mitglied, CDU
Joana Al Samarraie, Stadtteilbeauftragte, B90/Grüne

Tagesordnung:

1. Neufassung der Parkgebührenordnung der Stadt Kassel
2. Haushaltsplanentwurf 2019
3. Erfahrungen mit der KVG-Liniennetzreform
4. Benennung mehrerer Straßen im Baugebiet "Zum Feldlager"
5. Aufhebung der Satzung zur Erhebung der Straßenbeiträge
6. Mitteilungen

Der Ortsvorsteher eröffnet die Sitzung um 19.30 Uhr und begrüßt alle Anwesenden.

Sodann stellt Herr Wintersperger die fristgerechte Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

Vor Eintritt in die TO findet eine Bürgerfragestunde statt.

Auf Antrag des Ortsvorstehers soll die heutige TO ergänzt werden um folgenden TOP:

Benennung mehrerer Straßen im Baugebiet „Zum Feldlager“.

Der Magistrat hat - leider erst nach Festlegung der Tagesordnung und Einladung für die heutige Sitzung - nun einen verbindlichen Vorschlag unterbreitet, über den der Ortsbeirat nach § 7 der Geschäftsordnung binnen 6 Wochen entscheiden muss; andernfalls geht die dem Ortsbeirat bei der Straßenbenennung eingeräumte Entscheidungsbefugnis auf die StaVo über. Bei der nächsten im November geplanten Ortsbeiratssitzung wäre die 6-Wochen-Frist abgelaufen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig; 0 Enthaltung(en)

Dieser TOP wird als TOP 4 behandelt.

Auf Antrag von Ortsbeiratsmitglied Heinz-Gerrit Rethagen soll die heutige TO ergänzt werden um folgenden TOP:

Aufhebung der Satzung zur Erhebung der Straßenbeiträge

Abstimmungsergebnis: Einstimmig; 0 Enthaltung(en)

Dieser TOP wird als TOP 5 behandelt und die Mitteilungen als TOP 6.

Sodann leitet der Ortsvorsteher in die Tagesordnung ein.

1. Neufassung der Parkgebührenordnung der Stadt Kassel

Der Ortsvorsteher weist darauf hin, dass im Stadtteil Harleshausen keine Parkgebühren erhoben werden. Dennoch sind die Bürgerinnen und Bürger von der Neufassung der Parkgebührenordnung der Stadt Kassel z. T. persönlich betroffen und erläutern dies im Einzelnen.

Nach Erörterung und Diskussion wird zunächst über den folgenden Antrag des Ortsbeiratsmitglieds Heinz-Gerrit Rethagen abgestimmt:

„Der Ortsbeirat Harleshausen fordert den Magistrat der Stadt Kassel auf, die Neufassung der Parkgebührenordnung der Stadt Kassel - Parkgebührenzone 2 - auch auf die Parkgebührenzone 1 zu erstrecken."

Abstimmungsergebnis: Abgelehnt bei 4 Ja-Stimme(n), 4 Nein-Stimme(n), 1 Enthaltung(en)
Bei Gleichheit von Ja- und Nein-Stimmen hat der Antrag keine Mehrheit gefunden.

Abschließend fasst der OBR folgenden Beschluss:

Der Ortsbeirat Harleshausen nimmt die Neufassung der Parkgebührenordnung der Stadt Kassel zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: Angenommen bei 7 Ja-Stimme(n), 2 Nein-Stimme(n), 0 Enthaltung(en)

2. Haushaltsplanentwurf 2019

Einleitend nimmt der Ortsvorsteher auf das dem Ortsbeirat vorliegende Investitionsprogramm Bezug und erklärt, dass 3 im Investitionsprogramm 2018 für 2019 in Harleshausen vorgesehene Maßnahmen nicht in den Haushaltsplanentwurf 2019 aufgenommen, sondern im Investitionsprogramm 2019 auf die Jahre 2020 und 2021 verschoben worden sind, und erläutert dies im Einzelnen. Bei der Maßnahme „Platzgestaltung Harleshausen Mitte" ist die Bezeichnung „Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden" irreführend. Die Sachbearbeiterin beim Planungsamt, Frau Gerhold, hat dem Ortsvorsteher hierzu mitgeteilt, dass es sich bei dem Betrag von 250.000 € um die Baumaßnahme für die Platzgestaltung handelt, und sie eigentlich davon ausgegangen war, „in 2019 zu bauen". Grunderwerb ist, so Frau Gerhold, nicht mehr nötig, da die Stadt Kassel inzwischen Eigentümerin sämtlicher im Bebauungsplan IV 60 B als öffentliche Verkehrsfläche (Parkplatz) ausgewiesener Flurstücke ist.

In der folgenden Diskussion wird erneut das Fehlen einer öffentlichen Toilette in der Ortsmitte bemängelt. Durch die stetig wachsende Nutzung und Frequentierung des Ossenplatzes sei der Bedarf einer öffentlichen Toilette nötiger als je zuvor.

Abschließend fasst der OBR folgende Beschlüsse:

1. Der Ortsbeirat Harleshausen verweist auf seine Beschlüsse vom 01.12.2016 und 27.09.2017 und fordert erneut die Wiedereinrichtung einer öffentlichen Toilette im Stadtteilzentrum.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltung(en)

Der Ortsbeirat Harleshausen erhebt Protest gegen die Verschiebung der 3 im Investitionsprogramm 2019 im Stadtteil vorgesehenen Maßnahmen (Platzgestaltung Harleshausen Mitte, bauliche Verbesserungen Grundschule und Sporthalle) auf die Jahre 2020 bzw. 2021 und fordert den Magistrat und die Stadtverordneten auf, diese 3 Maßnahmen in den Haushaltsplan 2019 einzustellen, und nimmt diesen im Übrigen zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltung(en)

3. Erfahrungen mit der KVG-Liniennetzreform

Der Ortsvorsteher verweist zunächst auf die Beschlüsse des Ortsbeirats vom 15.03. und 24.05.2018. Die vom Ortsbeirat geforderte Haltestelle der Buslinie 110 am Freibad wurde inzwischen eingerichtet - und wird nicht nur von Badbesuchern, sondern auch von Anwohnern aus dem Umfeld genutzt. Dessen ungeachtet erreichen den Ortsbeirat weiterhin zahlreiche Beschwerden von Bürgerinnen und Bürgern über die unzureichende Versorgung des Bereichs zwischen Ortsmitte und Rasenallee, sowie darüber, dass das Anruf-Sammeltaxi (AST) keinen akzeptablen Ersatz bietet. Deshalb befasst sich der OBR heute erneut mit dieser Thematik.

In der folgenden ausführlichen Diskussion und aufgrund geschilderter Erfahrungsberichte anwesender Bürgerinnen und Bürger wird deutlich, dass insbesondere ältere Menschen, die kein Auto haben, mit ihren Einkäufen bzw. nach Arztterminen etc. nicht in die Bereiche Eschebergstraße/ Seebergstraße (wo sich ja auch 2 Altenheime befinden) gelangen können. Aber auch für viele Berufstätige ist der Weg zur Arbeitsstätte mit öffentlichen Verkehrsmitteln länger und beschwerlicher bzw. so unzumutbar geworden, dass nun statt der KVG das Auto benutzt wird. Es wird berichtet, dass deswegen Anwohnerinnen und Anwohner aus diesen Bereichen ihre NVV-Netzkarten gekündigt haben. Sodann sei die Qualität der AST nach wie vor nicht zumutbar und unbefriedigend. Die KVG weist in einer Stellungnahme (welche der Ortsvorsteher verliest) darauf hin, dass Beschwerden über AST ihrem Qualitätsmanagement mit detaillierten Angaben über Datum, Linie, Uhrzeit und ggf. Kennzeichen des Fahrzeugs mitgeteilt werden sollten, damit man dem konkret nachgehen und auf das Taxiunternehmen einwirken könne. Ein anwesender Bürger merkt hierzu an, dies sei wohl eine Umkehrung der Beweislast, schließlich liege es in der Verantwortung der KVG, eine akzeptable Leistung zu erbringen.

Anwohnerinnen und Anwohner aus dem Bereich unterhalb des Bahnhofs beklagen sich darüber, dass sie nach Wegfall der Linie 24 für eine Verbindung nach Wilhelmshöhe darauf angewiesen sind, an der Haltestelle Ahnatalstraße von der Linie 10 in die Linie 11 umzusteigen und dazu die Harleshäuser Straße überqueren müssen, was angesichts des dort herrschenden Verkehrs schwierig und gefährlich ist. Wenn man hierzu den sicheren Weg wähle, nämlich die Fußgängerampel an der Kreuzung, dann werde man vom Busfahrer nicht als Fahrgast wahrgenommen, und der Bus warte nicht. Überhaupt seien die Umsteigezeiten zu kurz.

Am Ende der ausführlichen Erläuterungen fasst der Ortsbeirat folgende Beschlüsse:

1. Der Ortsbeirat Harleshausen wiederholt seinen bereits gestellten Antrag und fordert KVG und NVV auf, die Linie 110 durch die Eschebergstraße zu führen.

2. Der Ortsbeirat Harleshausen weist auf die Situation an der Haltestelle Ahnatalstraße hin. Nach Wegfall der Linie 24 müssen Fahrgäste, die aus dem Ostteil Harleshausens nach Wilhelmshöhe wollen, zum Umsteigen von der Line 10 in die Linie 11 die Harleshäuser Straße überqueren und sind dabei gefährdet. Bei der sicheren Überquerung an der Fußgängerampel verpassen sie ihren Anschluss. Deshalb fordert der Ortsbeirat die KVG auf, dieser Situation Rechnung zu tragen und - ggf. durch geänderte Fahrplangestaltung - ein sicheres Umsteigen mit ausreichender Umsteigezeit zu gewährleisten.

3. Der Ortsbeirat Harleshausen hält nach wie vor die Situation der Anrufsammeltaxen aufgrund der vielen negativen Erfahrungsberichte für unbefriedigend und für dringend verbesserungswürdig.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltung(en)

4. Benennung mehrerer Straßen im Baugebiet "Zum Feldlager"

Der Ortsvorsteher weist darauf hin, dass der Ortsbeirat sich im Vorfeld am 15.03.2018 bereits mit der Benennung befasst hat - und zwar mit 2 vom Magistrat vorgestellten Alternativen, nämlich die Namen Thüringer Städte oder Namen von Schriftstellerinnen und Frauenrechtlerinnen, sodann beschlossen hat, dass wir die Frauennamen bevorzugen, und der Magistrat daraufhin den Vorschlag gemacht hat, über den der Ortsbeirat nun verbindlich zu entscheiden hat.
Ortsbeiratsmitglied Heinz-Gerrit Rethagen legt dar, warum er - wie bei der Beschlussfassung am 15.03.2018 - die Thüringer Städtenahmen nach wie vor für geeigneter hält.

Sodann fasst der OBR folgenden Beschluss:

Die im Baugebiet „Zum Feldlager“ geplanten Straßen erhalten die Namen:

Annette-Kolb-Straße
Ingeborg-Bachmann-Straße bis Ricarda-Huch-Straße sowie westliche und östliche Stichstraßen

Fanny-Lewald-Straße
Niederfeldstraße bis Irmgard-Keun-Straße sowie von Niederfeldstraße südlich abzweigend

Ingeborg-Bachmann-Straße
Niederfeldstraße bis Ricarda-Huch-Straße

Irmgard-Keun-Straße
Ingeborg-Bachmann-Straße bis Niederfeldstraße sowie von Ingeborg-Bachmann-Straße westlich abzweigende Stichstraße

Ricarda-Huch-Straße
Nördlich der Ingeborg-Bachmann-Straße, westlich und östlich abzweigend bis Annette-Kolb-Straße

Sophie-Junghans-Straße
Ingeborg-Bachmann-Straße bis Niederfeldstraße sowie von Ingeborg-Bachmann-Straße westlich abzweigende Stichstraße

Niederfeldstraße
Verlängerung der bereits benannten Straße zwischen Zum Feldlager und Irmgard-Keun-Straße

Abstimmungsergebnis: 7 Ja-Stimmen; 2 Nein-Stimmen.

5. Aufhebung der Satzung zur Erhebung der Straßenbeiträge

Der Ortsvorsteher weist darauf hin, dass sich die Stadtverordnetenversammlung am 24.09. 2018 mit diesem Thema befasst hat. Ein Antrag der CDU, die Satzung mit sofortiger Wirkung aufzuheben, fand keine Mehrheit. Beschlossen wurde der Antrag der Koalition: „Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich für die Aufhebung der Satzung zur Erhebung der Straßenbeiträge aus. Der Magistrat wird gebeten, vorab über die verfahrensrechtlich notwendigen Schritte sowie die finanziellen Auswirkungen zu berichten.“ In der folgenden Diskussion besteht

Einvernehmen, dass beim gegenwärtigen Verfahrensstand eine Äußerung des Ortsbeirats zur Erhebung von Straßenbeiträgen sinnvoll sein kann, zumal im „Runden Feld“ eine entsprechende Baumaßnahme geplant ist.

Es ergeht daher, auf Antrag des Ortsbeiratsmitglieds Heinz-Gerrit Rethagen folgender Beschluss:

> Der Ortsbeirat Harleshausen fordert die Aufhebung der Satzung zur Erhebung der Straßenbeiträge.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltung(en)

6. Mitteilungen

1. Die geplante Straßenbaumaßnahme „Erneuerung Rundes Feld“ konnte auch in der heutigen Sitzung noch nicht vorgestellt werden, weil die Bearbeitung im Straßenverkehrs- und Tiefbauamt noch nicht abgeschlossen ist.
2. Dispositionsmittel zur Förderung der örtlichen Gemeinschaft: Es sind noch 150 € übrig - darüber soll in der nächsten Sitzung befunden werden.
3. Nächste Sitzung findet statt am Mittwoch, den 21. November 2018.

Ende der Sitzung: 21.05 Uhr

Reinhard Wintersperger
Ortsvorsteher

Ljubica Lenz
Schriftführerin